

Medienmitteilung
Bern, 21. März 2025

Nachhaltigkeitsberichterstattung: sgv fordert Übungsabbruch und Bürokratie-Entlastung

Eine Ausdehnung der Nachhaltigkeitsberichterstattung würde die Schweizer Unternehmen rund eine Milliarde Franken kosten. Ein Marschhalt, wie ihn der Bundesrat heute vorschlägt, reicht hier nicht: Der sgv fordert, dass der Bundesrat endgültig auf dieses Vorhaben verzichtet. Dies umso mehr, als selbst die EU jüngst erkannt hat, dass die Nachhaltigkeitsbürokratie und deren Kosten ein unzumutbares Ausmass angenommen haben. Das bestehende Recht ist auf Entlastungsmöglichkeiten zu prüfen.

Letztes Jahr führte der Bundesrat eine Vernehmlassung zur Ausdehnung der Pflicht von Unternehmen zur Nachhaltigkeitsberichterstattung durch. Neu würden 3'500 Unternehmen zusätzlich von dieser Pflicht erfasst. Die direkten Umsetzungskosten allein für diese Unternehmen würden über 600 Millionen Franken betragen. Darin noch nicht enthalten sind die indirekten Kosten der nötigen rechtlichen Abklärungen und Risiken sowie der Weitergabe der Vorgaben an die Zulieferer der direkt erfassten Unternehmen. Entsprechend hätte die Erweiterung auch Kostenfolgen für KMU. Die Total-Kosten dürften damit rund eine Milliarde Franken betragen. Zusätzliche unproduktive Kosten, die sich die Schweizer Wirtschaft nicht leisten kann.

In der Vernehmlassung hatte der Bundesrat die Ausdehnung der Berichterstattungspflicht mit einer Angleichung an das EU-Recht begründet. Dazu besteht keinerlei Notwendigkeit. Unternehmen, welche in die EU exportieren, orientieren sich ohnehin an den dort geltenden Regeln. Die inlandorientierte Wirtschaft darf nicht mit in das Regulierungselend gezogen werden. Wichtig zudem: sogar in der EU hat man kürzlich erkannt, dass mit der Nachhaltigkeitsregulierung übertrieben wurde. Es wurde ein Verfahren in die Wege geleitet, um die entsprechenden Gesetze wieder zu entschärfen. Wenn die Schweiz jetzt die Gesetze verschärft, während die EU zurückrudert, ist der schädliche Swiss Finish vorprogrammiert.

Der sgv fordert den Bund dazu auf, nicht nur einen Marschhalt einzulegen, sondern die Übung möglichst umgehend abzurechnen. Es braucht jetzt Klarheit darüber, dass der Bundesrat auf weitere unnötige Bürokratiekosten für unsere KMU geprägte Schweizer Wirtschaft verzichtet und stattdessen weitere Entlastungsmöglichkeiten im bestehenden Recht und in der Praxis identifiziert und diese sehr rasch umsetzt.

Weitere Auskünfte

Fabio Regazzi, Präsident, Mobile 079 253 12 74

Urs Furrer, Direktor, Mobile 079 215 81 30

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und über 600 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.